

## DUH-Faktencheck

### **Zur Pressekonferenz „Bedroht die Energiewende die Industrie in Deutschland?“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) am 18. Februar 2013 in Berlin**

In den [Unterlagen](#) der Pressemappe des IW werden Vergleiche zwischen den Industriestrompreisen (20.000 MWh < Verbrauch < 70.000 MWh) in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden sowie dem Durchschnittswert der EU-27 gezogen. Dabei konzentriert sich das IW auf die Feststellung, dass der **Industriestrom in Deutschland im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden „rund 40 Prozent teurer“ sei. Gemessen am Durchschnitt der 27 EU-Staaten betrage „der Kostennachteil noch fast 15 Prozent“**.

Eine detailliertere Betrachtung der europäischen Industriestrompreis-Situation anhand der Daten der europäischen Statistikbehörde bestätigt zunächst die Behauptung des IW (in Tabelle 1 gelb unterlegt), zeigt aber zugleich, wie **selektiv diese Betrachtung** ist.

- **Vergleich mit EU-27:** Die Preisdifferenz besteht bereits seit dem 2. HJ 2010 (zur Erinnerung: Die AKW-Laufzeitverlängerung war eben beschlossen, die EEG-Umlage lag bei 2,047 ct/kWh) und sank zuletzt – nach einem Anstieg im 2. HJ 2011 – wieder auf dieses Niveau. In den letzten 5 Jahren hat sich die Preisrelation zu den Staaten der EU-27 insgesamt nicht signifikant verändert
- **Vergleich mit FR:** französischer Industriestrom ist traditionell und seit vielen Jahren günstiger als der deutsche. Dabei war die Preisspreizung auch schon höher als zurzeit. Es stellt sich die Frage, warum gerade jetzt die Preisdifferenz zu Frankreich ein Indiz für die Wirkung der Energiewende sein soll.
- **Vergleich mit NL:** Die Preisdifferenz zwischen Deutschland und den Niederlanden schwankt seit Jahren. Im 1. Halbjahr 2012 reduzierte sich die Preisdifferenz. Die zuletzt stark gestiegene Preisspreizung erklärt sich dadurch, dass die Niederlande deutlich mehr (günstigen) Strom aus Deutschland importierten – ein Ergebnis der hierzulande stark gesunkenen Börsenstrompreise (im Jahr 2012 importierten die Niederlande rund 10 % ihren Gesamtbedarfs aus Deutschland).

Die gezielt selektive Wahrnehmung der IW-Betrachtung zeigt sich insbesondere darin, dass das IW bei seinem Vergleich **andere große Industrienationen** in der EU unerwähnt lässt. Die energieintensive Industrie in **Italien** zahlt seit Jahren mehr für ihren Strom als deutsche Betriebe. In der Regel kostet deutscher Industriestrom 15 bis 20 % weniger als italienische Elektrizität. Im Vergleich mit **Großbritannien** schneiden deutsche Industriebetriebe mal besser, mal schlechter ab. Derzeit sind die Preise praktisch gleich.

20 - 70 GWh	2. HJ 2007	1. HJ 2008	2. HJ 2008	1. HJ. 2009	2. HJ 2009	1. HJ 2010	2. HJ 2010	1. HJ 2011	2. HJ 2011	1. HJ 2012
DE - EU27	8,02%	10,29%	5,15%	7,78%	7,78%	6,30%	13,39%	12,58%	19,89%	13,41%
DE - FR	70,51%	42,18%	51,86%	32,12%	43,02%	27,06%	58,18%	40,14%	72,90%	43,45%
DE - NL	-0,95%	11,11%	1,01%	-1,87%	-3,12%	6,42%	14,89%	27,81%	52,16%	41,69%
DE - UK	-6,0%	5,5%	-8,0%	-5,6%	3,9%	5,3%	20,5%	19,0%	26,6%	4,0%
DE - IT		-22,68%	-26,85%	-17,15%	-16,65%	-16,78%	-17,36%	-11,41%	-18,03%	-16,06%

Tab 1: Prozentualer Preisdifferenzvergleich für Industriestrom (Jahresverbrauch 20.000 MWh bis 70.000 MWh) in Deutschland mit anderen großen Industrienationen in der EU; Daten: EUROSTAT, Berechnung: DUH.

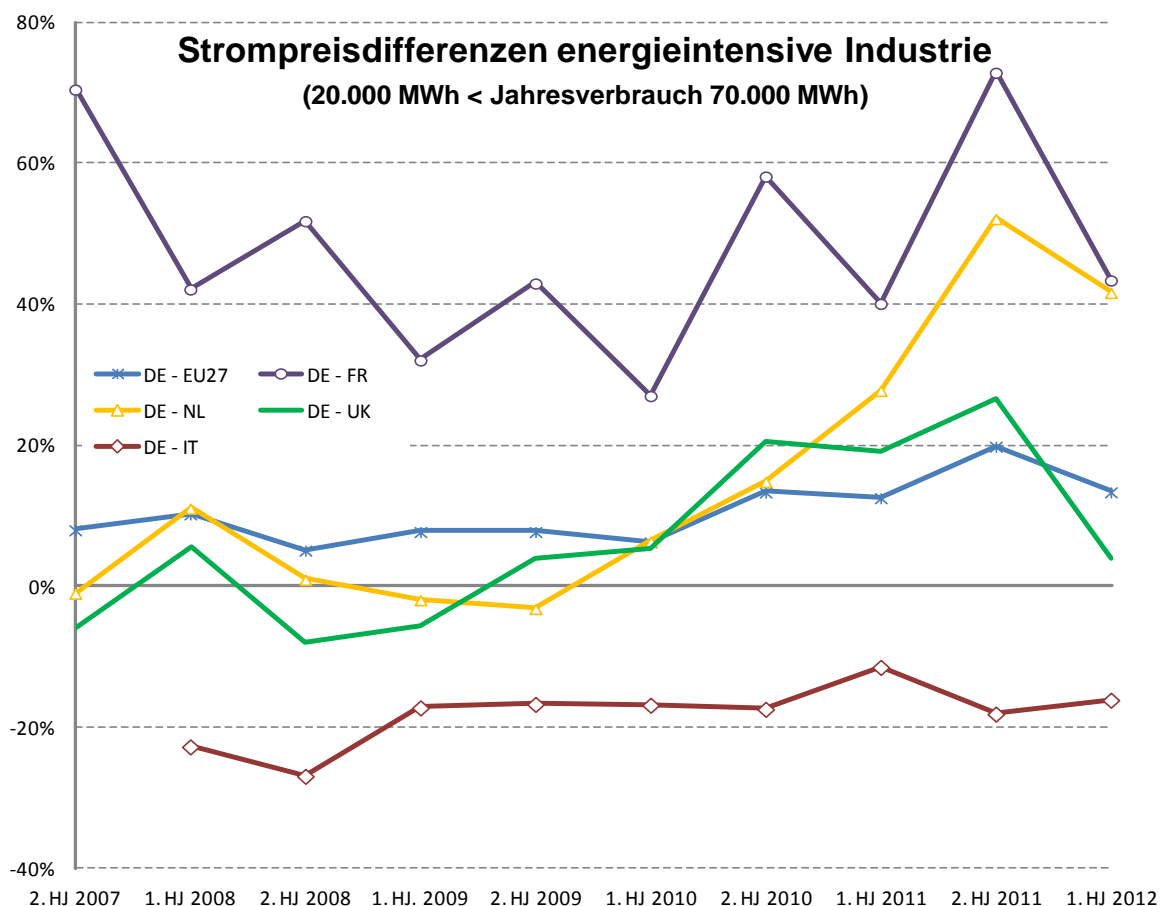


Abb. 1: Die Preisdifferenzen zwischen deutschem und ausländischem Industriestrom sind insbesondere im 1. HJ 2012 deutlich zurückgegangen. Negative Prozentwerte bedeuten in dieser Darstellung, dass der Strompreis in Deutschland unter dem Wert des verglichenen Landes lag; Daten: EUROSTAT, Graphik: DUH.

Die **absoluten Strompreise** für energieintensive Industriebetriebe in Deutschland stiegen in den letzten Jahren moderat. Im letzten Halbjahr, für das Zahlen von EUROSTAT vorliegen, ist der Preis jedoch deutlich gesunken (-0,5 ct/kWh), was auf den die Kosten dämpfenden Effekt der Erneuerbaren Energien (sog. Merit-Order-Effekt) zurückzuführen ist, von dem insbesondere die energieintensive Industrie profitiert.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Der Merit-Order-Effekt lag im Jahr 2009 bei 0,6 ct/kWh, der lt. BMU „insbesondere den besonders nachfragestarken Stromkunden zugute gekommen“ sei; BMU, Informationen zur Anwendung von § 40 ff. EEG für das Jahr 2011, S. 8; [http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/hg\\_ausgleichsregelung\\_2011\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/hg_ausgleichsregelung_2011_bf.pdf)

20 - 70 GWh	2. HJ 2007	1. HJ 2008	2. HJ 2008	1. HJ. 2009	2. HJ 2009	1. HJ 2010	2. HJ 2010	1. HJ 2011	2. HJ 2011	1. HJ 2012
DE	8,32	9,00	8,99	9,42	9,01	8,78	9,57	10,02	10,91	10,40
$\Delta$ in %		8,17%	-0,11%	4,78%	-4,35%	-2,55%	9,00%	4,70%	8,88%	-4,67%

Tab 2: Moderater Anstieg der Halbjahrespreise für Industriestrom (Jahresverbrauch 20.000 MWh bis 70.000 MWh) in Deutschland, Daten: EUROSTAT, Berechnung: DUH.

Die Preisentwicklung der letzten Jahre am Terminmarkt der Strombörse lässt erwarten, dass der Kosten dämpfende Effekt der Erneuerbaren Energien zu weiteren Strompreisentlastungen führen wird, zumal die energieintensive Industrie von der staatliche Abgabenquote beim Strom (EEG-Umlage, Netzentgelte, Stromsteuer, KWK- und Offshore-Umlage) deutlich entlastet oder sogar komplett befreit wird.

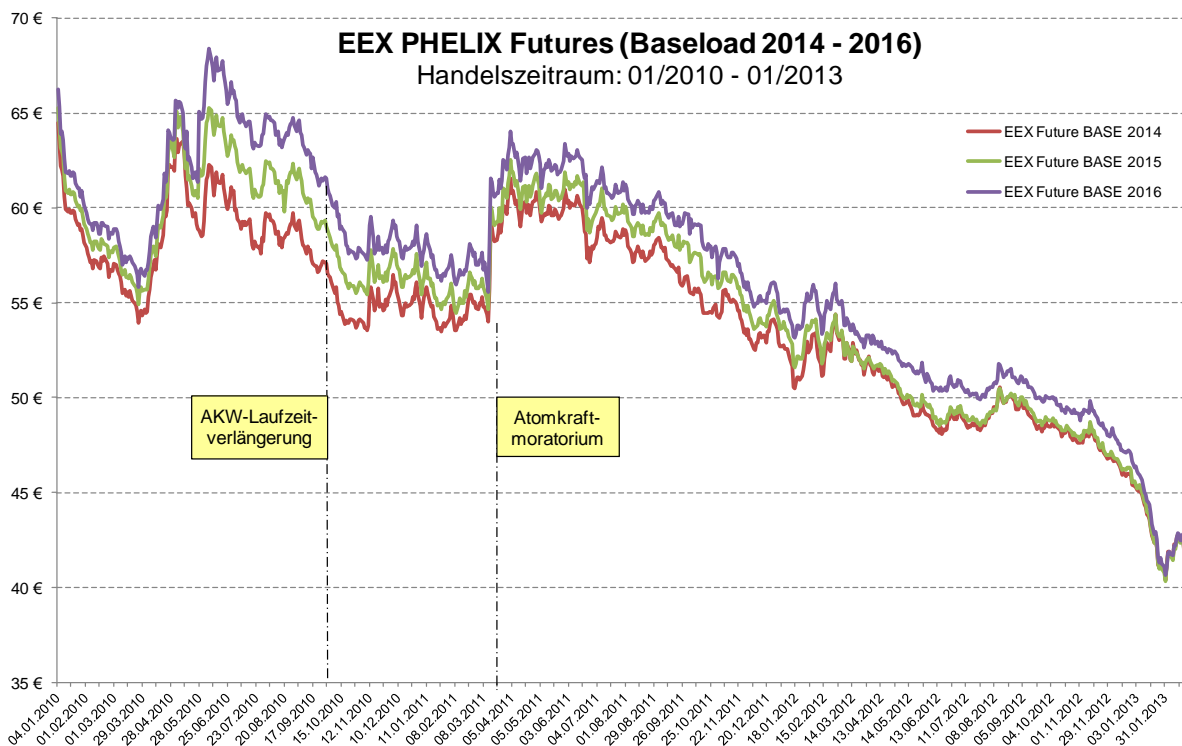


Abb. 2: Die Börsenpreise für Grundlaststrom am Terminmarkt sind in den letzten drei Jahren um mehr als ein Viertel gesunken, wovon insbesondere die energieintensive Industrie profitiert; Daten: EEX, Graphik: DUH.

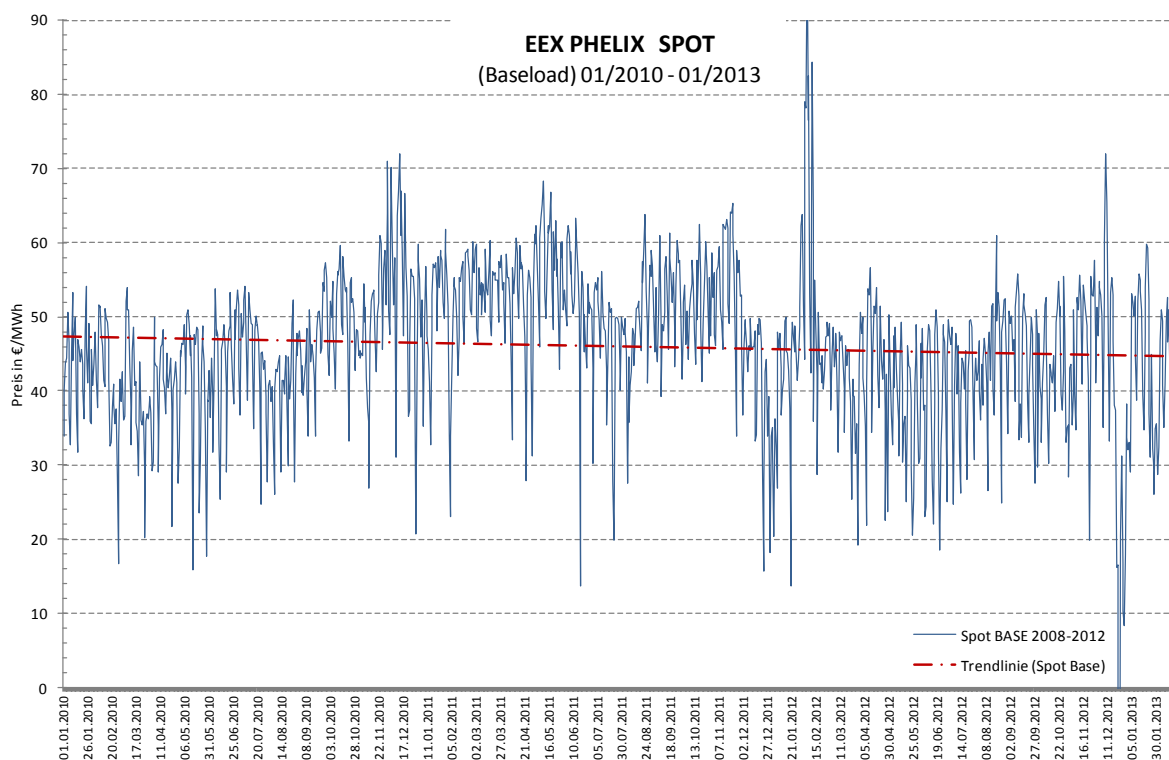


Abb. 3: Auch die Preise für Grundlaststrom am Spotmarkt (day ahead) sind in den letzten drei Jahren tendenziell leicht zurückgegangen; Daten: EEX, Graphik: DUH.

Die Unterstellung des IW eines **Strompreisanstiegs um 2 Cent** je Kilowattstunde<sup>2</sup> und damit verbundene Mehrbelastungen in dreistelliger Millionenhöhe ist fern der Realität.<sup>3</sup> Einen Preisanstieg von 2 Cent gab es nominal (also nicht inflationsbereinigt) gerade einmal über den Zeitraum der letzten viereinhalb Jahre.<sup>4</sup>

Betrachtet man den Strompreisanstieg anhand der Jahresmittelwerte des Bundeswirtschaftsministeriums (siehe Tab. 3), stieg der Industriestrompreis noch nicht einmal seit 1995 um 2 ct/kWh.

Im schriftlichen [Statement](#) von Prof. Dr. Michael Hüther (Direktor des IW) findet sich die Behauptung, dass „größere industrielle Verbraucher 2007 ohne Mehrwertsteuer noch 7,5 Cent

<sup>2</sup> In der Pressemitteilung des IW heißt es: „Diese [Anm. DUH: gemeint ist die Chemische Industrie] müssten beispielsweise bei einem Anstieg des Strompreises um 2 Cent pro Kilowattstunde rund 740 Millionen Euro bzw. knapp 710 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich an Kosten tragen.“

<sup>3</sup> Die 2 Cent pro Kilowattstunde wurden vermutlich in Anlehnung an den diesjährigen Anstieg der EEG-Umlage gewählt, wobei die energieintensive Industrie davon weitgehend unberührt bleibt, da sie nur für die erste Gigawattstunde die volle EEG-Umlage und für weitere 9 GWh ein Zehntel der EEG-Umlage (also 0,53 ct/kWh) zu entrichten hat. Für den Stromanteil über 10 GWh zahlt die Industrie lediglich eine Umlage von 0,05 ct/kWh. Soweit der Strom in eigenen Kraftwerken erzeugt wird, ist die Industrie komplett von der EEG-Umlage befreit. Laut einer [Umfrage des DIHK](#) aus 12/2012 hat bereits jedes zehnte Unternehmen konventionelle und/oder erneuerbare Kapazitäten zur Eigenstromversorgung aufgebaut; ein Viertel ist dabei oder überlegt sich diesen Schritt zu gehen.

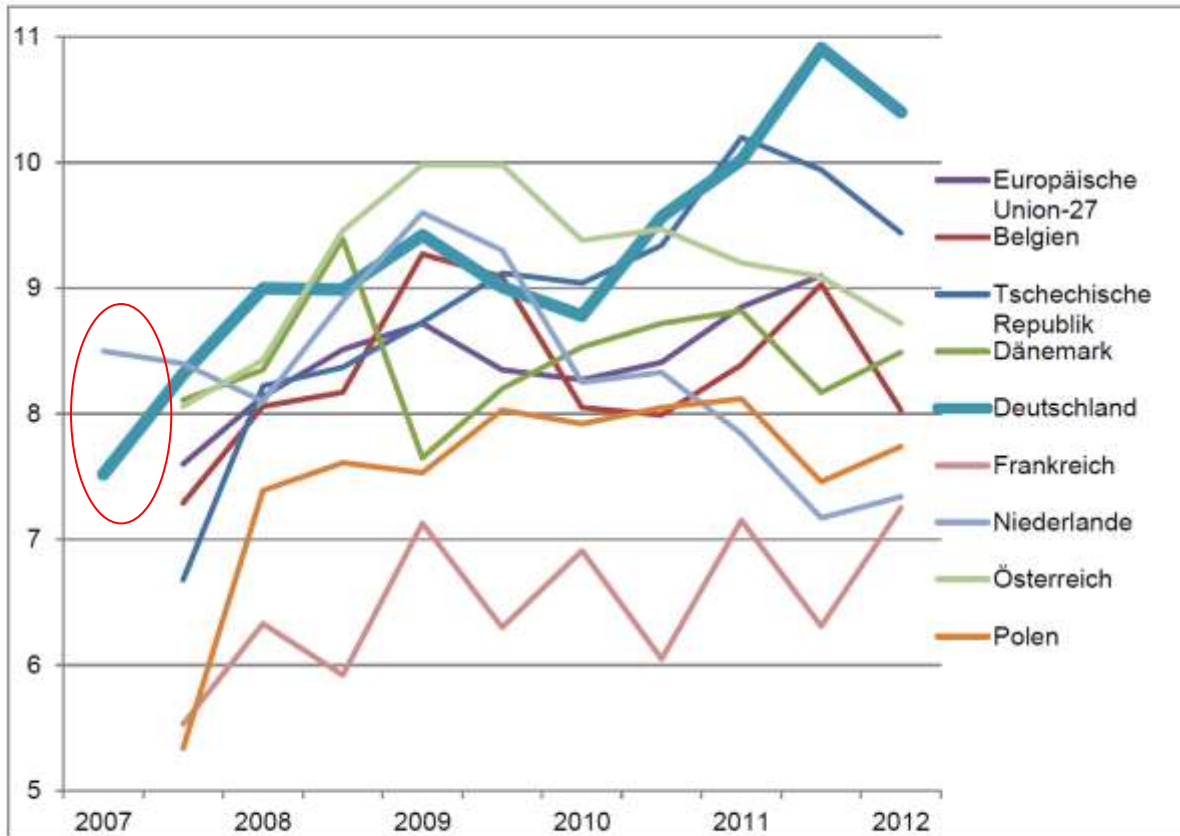
<sup>4</sup> Vermutlich ist die Aussage als Warnung an die Regierung gemeint, die Abschaffung der Befreiung der energieintensiven Industrien von der EEG-Umlage zu erwägen. Das schlägt aber für die hier in Rede stehenden besonders energieintensiven Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, niemand vor, nicht einmal Bündnis 90/Die Grünen. Die Debatte über eine Einschränkung der Privilegien dreht sich vielmehr ausschließlich um die von der Bundesregierung zuletzt zusätzlich privilegierten Unternehmen bzw. solche die auch bisher nicht im internationalen Wettbewerb standen (wie etwa der Braunkohlentagebau in der Lausitz und im Rheinischen Revier).

für eine Kilowattstunde“ zahlten, 2012 seien es „bereits 10,4 Cent“ gewesen. Und: „Innerhalb von nur fünf Jahren ist der Preis für eine Kilowattstunde **um fast 40 Prozent gestiegen.**“ Hierbei wird auf nachfolgende Graphik Bezug genommen.

Abbildung 1

**Industriestrompreise in Europa**

Eurocent je Kilowattstunde, ohne Mehrwertsteuer



Verbrauch: 20.000 bis 70.000 MWh.

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Abb. 4: Die IW-Graphik weist für DE und NL Werte auch für das 1. HJ 2007 aus, die für diesen Zeitraum bei EUROSTAT nicht verfügbar sind. Bemerkenswerterweise fehlen auch hier wiederum Vergleichswerte für Italien und Großbritannien.

Es fällt auf, dass die Datenreihen bei Deutschland und den Niederlanden bereits im 1. Halbjahr 2007 beginnen. Das Statistische Amt der Europäischen Union – kurz EUROSTAT – hat jedoch zum 2. Halbjahr 2007 die Berechnungsmethodik umgestellt, wodurch neue Verbrauchsrgruppen eingeführt wurden.

Für den Zeitraum 1. HJ 2003 bis 1. HJ 2007 gab es bei den Industriestrompreisen u.a. die Kategorie

- Industrie – Jahresverbrauch 50.000 MWh; Max. Abnahme: 10.000 kW;  
Jährliche Inanspruchnahme 5.000 Stunden

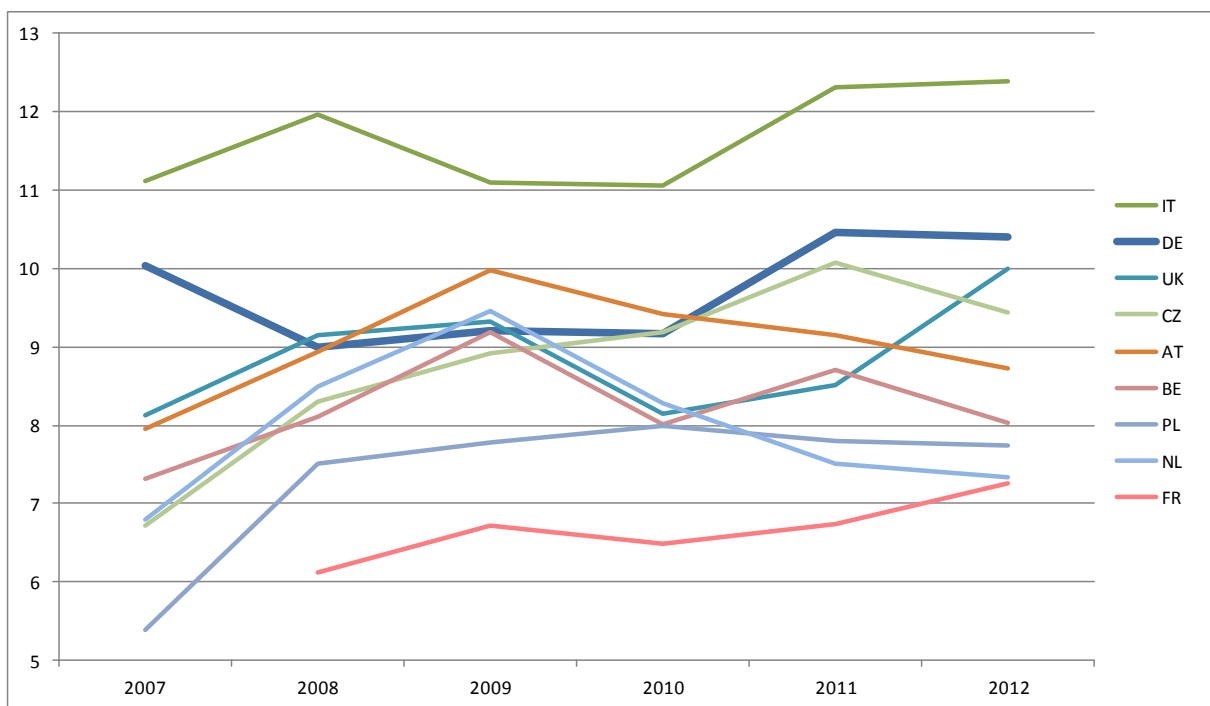
Ab der 2. Jahreshälfte 2007 wurde diese durch eine neue Methodologie und folgende Kategorie ersetzt:

- Gruppe IE: 20.000 MWh < Verbrauch < 70.000 MWh

Eine kombinierte Darstellung beider Methodologien in *einer* Graphik verbietet sich eigentlich. Außerdem findet sich in der alten Methodologie bei EUROSTAT für das 1. HJ 2007 nirgends ein Preis von 7,5 ct/kWh. Stattdessen liegt der Wert in der Kategorie 50.000 MWh Jahresverbrauch in Deutschland bei 10,03 ct/kWh. In der Verbrauchskategorie 70.000 MWh kostet Strom im 1. HJ 2007 in Deutschland laut EUROSTAT 9,49 ct/kWh (jeweils ohne MwSt.).

Für die IW-Aussage muss korrekterweise der Preis für das 2.HJ 2007 zugrunde gelegt werden, der bei 8,32 ct/kWh lag. Daraus ist dann zu folgern, dass große industrielle Verbraucher im **2. Halbjahr 2007** ohne Mehrwertsteuer **8,32 Cent** je Kilowattstunde zahlten und im **1. Halbjahr 2012** bereits 10,4 Cent. Innerhalb von **viereinhalb Jahren** wäre der Preis für eine Kilowattstunde demnach **um 25 Prozent** (und nicht 40 % wie von IW behauptet) gestiegen.

Das **Bundeswirtschaftsministerium** führt in seiner Statistik „[Energiedaten – Nationale und internationale Entwicklung](#)“ die alte und neue Methodologie (von EUROSTAT) zusammen. Gemäß den BMWi-Daten stieg der Strompreis für die besonders energieintensive Industrie (20 000 MWh < Verbrauch < 70 000 MWh) von 10,03 ct/kWh (2007) auf 10,40 ct/kWh (2012) – das entspricht einem **Preisanstieg von lediglich 3,7 Prozent** - also einem **Zehntel dessen, was das IW behauptet!**




50 000 000 kWh; maximale Abnahme: 10 000 kW; jährliche Inanspruchnahme: 5 000 Stunden  
ab 2008 Verbrauch: 20.000 MWh < 70.000 MWh

Quelle: EUROSTAT (auf Jahresbasis errechnete Mittelwerte)

Abb. 5: Industriestrompreisentwicklung auf Basis der Energiedaten des BMWi für einzelne Industrieländer der EU; Daten: BMWi, Graphik: DUH.

Betrachtet man die Preisentwicklung beim Industriestrom über die vergangenen 17 Jahre, zeigt sich, dass in Deutschland der Anstieg lediglich 1,45 ct/kWh bzw. 16 % beträgt. Unter diesem Gesichtspunkt einen Preisanstieg von 2 ct/kWh für die nahe Zukunft zu unterstellen, wie es das IW tut, ist unseriös!

	<b>Internationaler Preisvergleich Elektrizität für Industrie</b>													Energiedaten Tabelle 29 a letzte Änderung: 02.11.2012		

**€-Cent/kWh - ohne Mehrwertsteuer**

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belgien	5,34	5,26	5,09	5,04	4,85	4,98	5,13	5,17	5,19	5,44	6,02	7,60	7,31	8,12	9,18	8,02	8,71	8,03
Bulgarien										3,71	3,91	4,12	4,30	4,63	5,29	5,27	5,13	5,64
Tschechische Rep.						3,53	3,76	3,68	3,95	3,96	4,84	6,02	6,73	8,30	8,93	9,19	10,07	9,44
Dänemark														8,87	7,93	8,63	8,50	8,49
Deutschland	8,95	8,05	7,44	7,40	6,87	5,85	5,46	5,20	6,65	7,79	8,59	9,56	10,03	9,00	9,22	9,18	10,47	10,40
Estland									3,14	3,38	3,51	3,55	3,63	4,18	4,64	6,26	6,81	7,07
Irland	5,00	5,12	5,66	5,35	5,34	5,34	5,34	6,35	6,21	6,37	7,61	8,98	10,28	11,71	9,23	7,81	8,13	9,28
Griechenland	4,51	4,56	4,53	4,51	4,58	4,45	4,57	4,60	4,83	4,95	5,07	5,25	5,60	6,89	7,34	7,73	7,88	9,06
Spanien	6,25	6,35	5,88	5,50	5,54	5,64	5,05	4,84	4,94	5,04	6,10	6,60	6,58	7,47	8,29	7,62	8,01	8,76
Frankreich														6,13	6,72	6,48	6,73	7,25
Italien	5,62	5,96	6,52	6,61	6,13	6,95	7,43	7,87	8,30	8,15	8,94	10,64	11,11	11,97	11,09	11,07	12,31	12,39
Zypern														13,79	11,13	13,95	16,57	20,31
Lettland										3,59	3,29	3,43	3,99	6,03	7,95	8,20	9,44	9,48
Litauen									4,64	4,48	5,03	5,02	5,50	6,65	6,82	8,75	10,08	11,65
Luxemburg	5,06	5,09	5,00	4,81	4,89	4,37	4,19	4,24	4,45	4,56					6,54	6,73	6,18	6,44
Ungarn	3,16	3,59	4,63	4,83	4,54	4,15	4,41	4,84	5,00	5,05	5,43	5,42	7,48	9,38	10,92	8,49	10,02	11,09
Malta														9,52	10,45	15,00	15,00	15,00
Niederlande					5,17						5,74	6,25	6,80	8,50	9,45	8,29	7,51	
Österreich	6,87	7,08	7,15	6,80	6,35					6,29	6,82	7,48	7,95	8,95	9,98	9,43	9,15	8,72
Polen						3,95	4,57	4,85	4,83	4,30	4,86	5,16	5,38	7,50	7,78	7,99	7,79	7,74
Portugal	6,10	5,76	5,53	5,22	4,72	4,70	4,75	5,05	5,19	5,27	5,64	6,24	6,59	6,88	6,89	6,80	7,65	9,36
Rumänien									3,93	4,86	7,59	6,21	7,42	6,91	6,44	6,31	6,34	6,75
Slowenien														6,50	6,93	7,38	7,61	7,75
Slowakei														9,62	10,99	9,76	10,56	10,93
Finnland	3,79	4,43	3,63	3,48	3,20	3,11	3,12	3,38	4,73	4,70	4,60	4,72	4,53	5,49	5,49	6,07	6,26	5,84
Schweden		3,24	3,54	3,13	2,78	2,99	2,82	2,63	4,97	4,64	4,32	5,74	5,52	5,88	5,44	6,97	6,67	6,27
Vereinigtes Königreich	4,74	4,77	4,89	4,91	4,95	5,23	5,38	4,88	3,98	4,49	5,60	7,34	8,12	9,15	9,33	8,14	8,52	10,00
Norwegen	2,72	2,98	3,02	2,45	2,25	2,20	2,55	2,94	3,63	4,06	4,83	4,98	5,03	5,81	5,81	7,61	7,44	6,07

50 000 000 kWh; maximale Abnahme: 10 000 kW; jährliche Inanspruchnahme: 5 000 Stunden  
ab 2008 Verbrauch: 20.000 MWh < 70.000 MWh

Quelle: EUROSTAT (auf Jahresbasis errechnete Mittelwerte)

Tab. 3: Industriestrompreisvergleich auf Basis von Jahreswerten; Quelle: BMWi.

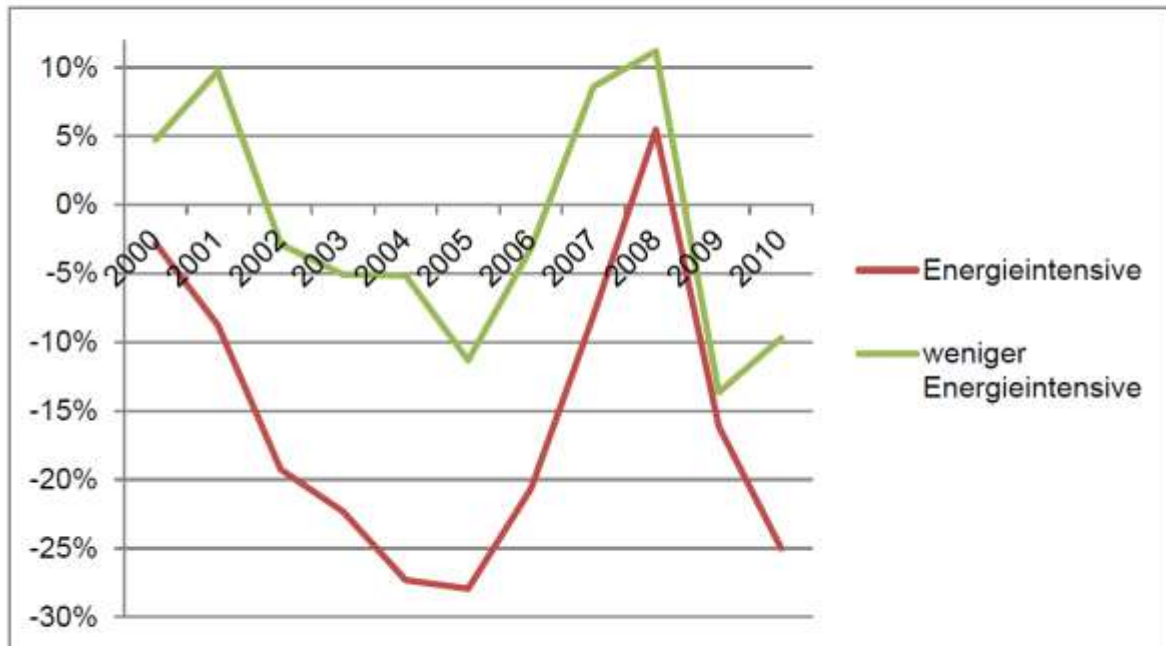
Im Vergleich dazu stieg der **Erdgasbezugspreis** (je kWh) für deutsche Industriebetriebe im Zeitraum 2. HJ 2007 – 1. HJ 2012 je nach Verbrauchsmenge **zwischen 22 und 32 Prozent**.

Im Weiteren stellt das IW – einen nicht nachvollziehbaren – Bezug her zwischen dem vermeintlich drastischen Strompreisanstieg und dem Rückgang der Nettoinvestitionen der deutschen Industrie und bewertet dies als „erstes Alarmzeichen“. Dass die Investitionen 2004/05 schon mal einen Tiefpunkt erreicht hatten wird ebenso wenig erklärt wie die Frage, ob der Investitionsrückgang in den Jahren 2009/10 nicht Folge der weltweiten Wirtschaftskrise und den damit verbundenen unsicheren Perspektiven war. Abgesehen davon entstand der jüngste „Investitionsknick“ zu einer Zeit, in der die EEG-Umlage bei 1,16 ct/kWh (2008) bzw. 1,31 ct/kWh (2009) lag.

Abbildung 4

**Desinvestition energieintensive Unternehmen**

Nettoinvestitionen in Prozent der Bruttoinvestitionen



Energieintensive: Papier, Chemie, Glas/Keramik/Stein & Erden, Metallherzeugung und -bearbeitung  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; IW Köln

Abb. 6: Mit der Graphik versucht das IW den Eindruck zu erwecken, dass die energieintensive Industrie – als Folge steigender Strompreise – nicht mehr in Deutschland investiert; Quelle: IW Köln.

Untermuert wird die Drohbärde der abwanderungswilligen energieintensiven Industrie durch eigene Umfrageergebnissen („Zukunftspanel 2012“), wonach 80 % der befragten Unternehmen eine Energiekostensteigerung, aber nur 8 bis 15 % als Folge der Energiewende auch einen Umsatzrückgang angeben. Auch die Beschäftigungssituation sehen lediglich 11 % kurzfristig und 23 % mittelfristig durch die Energiewende negativ beeinflusst.

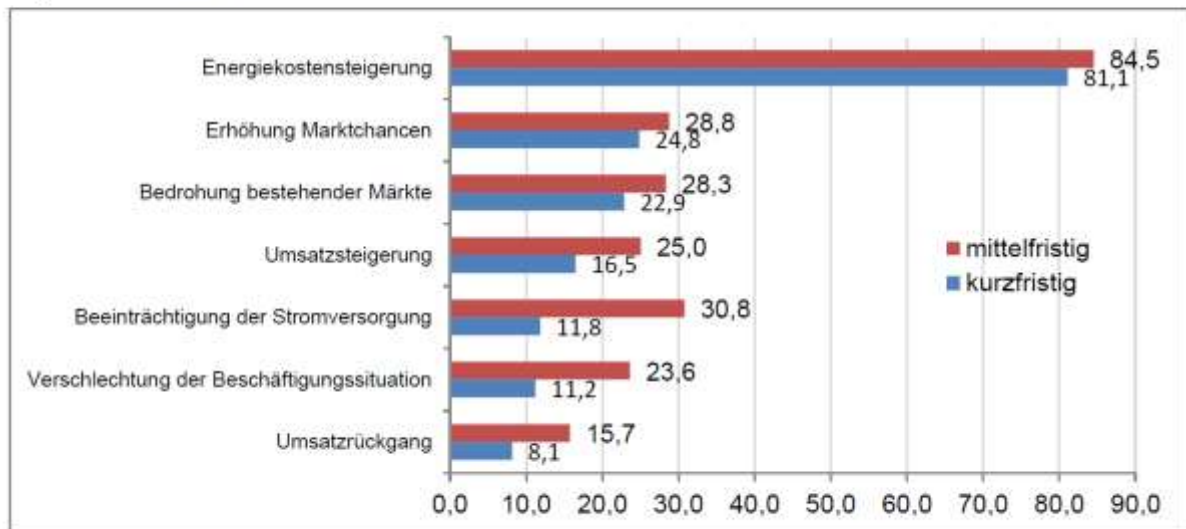


Abbildung 3

**Direkte Folgen der Energiewende für die Industrie**

Hat die Energiewende bereits konkrete Folgen für Ihr Unternehmen?

Angaben "trifft zu" und "trifft eher zu" in Prozent



Quelle: IW-Zukunftspanel, 2012

Abb. 7: Einer Umfrage des IW zufolge erwarten mehr als drei Viertel der befragten Unternehmen, weder kurz- noch mittelfristig, negative Auswirkungen durch die Energiewende auf ihre Umsatz- und Beschäftigungssituation, Quelle: IW Köln

Schaut man sich die [aktuellste Verbandsumfrage](#) des IW für 2013 an, deren Veröffentlichung das IW mit „Zuversicht überwiegt“ und „Die Stimmung ist schlechter als die Lage“ ankündigt, stellt man fest, dass etwa die (angeblich so abwanderungsgefährdete) Chemische Industrie ihre Zukunftsperspektiven in Deutschland neutral bis verhalten positiv bewertet. Das IW schreibt in diesem Zusammenhang: „Die Mehrzahl der vom IW Köln befragten Verbände rechnet damit, dass ihre Firmen 2013 ebenso viel investieren wie im abgelaufenen Jahr.“ Außerdem rechnet die Chemische Industrie „mit einem leichten Umsatz- bzw. Produktionsplus – auch wenn der Aufwärtstrend in der Chemie wahrscheinlich erst in der zweiten Jahreshälfte einsetzt“.

Auch für 2012 wies die IW-Verbandsumfrage schon eine verhaltene „Zuversicht“ und „stabile Verhältnisse“ aus. Die Verbandsumfrage für 2011 überschrieb das IW sogar noch mit „Das Konjunkturfeuerwerk geht weiter“ weil die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel 2010/2011 „insgesamt in überaus guter Stimmung“ sei.

Wirtschaftszweig	1. Wie ist nach Ihrer Einschätzung die allgemeine Stimmungslage in den Unternehmen Ihres Wirtschaftszweigs gegenüber dem Jahreswechsel 2011/2012?			2. Welches Produktions-, preisbereinigtes Umsatz- bzw. Geschäftsergebnis erwartet Ihr Wirtschaftszweig für 2013 im Vergleich zu 2012?					3. Wie werden sich die Investitionen 2013 im Vergleich zu 2012 in Ihrem Wirtschaftszweig voraussichtlich entwickeln?			4. Wie wird sich die Zahl der Beschäftigten 2013 im Vergleich zu 2012 in Ihrem Wirtschaftszweig voraussichtlich entwickeln?		
	besser	genauso	schlechter	wesentlich höher	etwas höher	gleichbleibend	etwas niedriger	wesentlich niedriger	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden
1. Bergbau			-				-			o				-
2. Energie- und Wasserwirtschaft			-			o			+					-
3. Steine- und Erden-Industrie				+						o			o	
4. Eisen- und Stahlindustrie			-	+							-		o	
5. NE-Metallindustrie			-			o				o			o	
6. Gießereien			-			o				o			o	
7. Chemische Industrie		o		+						o			o	
8. Forschende Pharmaunternehmen		o		+		o				o			o	-
9. Gummiverarbeitung			-			o				o			o	
10. Stahl- und Metallverarbeitung			-	+						o			o	
11. Maschinen- und Anlagenbau			-	+					+				o	
12. Automobilindustrie			-			o				o			o	
13. Luft- und Raumfahrzeugbau		o		+					+			+		
14. Schiffbau und Meerestechnik		o					-			o				-
15. Elektroindustrie			-	+						o			o	
16. Feinmechanik und Optik		o		+						o		+		
17. Keramische Industrie			-			o				o			o	-
18. Glasindustrie			-	+						o			o	
19. Holzverarbeitung			-				-				-		o	
20. Kunststoffverarbeitung			-				-			o			o	
21. Papierverarbeitung		o				o				o			o	
22. Papierfabriken		o		+					+				o	
23. Lederindustrie			-				-			o			o	
24. Druckindustrie		o					-				-		o	-
25. Textil- und Modeindustrie			-			o			+				o	
26. Ernährungsindustrie		o		+						o			o	
27. Bauindustrie		o		+						o			o	
28. Baugewerbe		o		+						o			o	
29. Handwerk		o		+							-		o	
30. Versorgungswirtschaft			-				-				-			-
31. Groß- und Außenhandel			-	+							-	+		
32. HDE-Einzelhandel		o				o					-		o	
33. Speditionen		o		+							-		o	
34. Banken		o					-				-			-
35. Sparkassen		o					-				-			-
36. Volksbanken		o					-		+	o			o	
37. Investment		o				o			+					-
38. Leasing		o				o				o			o	
39. Versicherungswirtschaft		o				o			+				o	-
40. Gastgewerbe			-			o				o			o	
41. Zeitschriftenverlage		o				o				o			o	
42. Tourismus		o				o				o			o	
43. Informationswirtschaft			-	+						o		+		
44. Messewirtschaft		o		+						o		+		
45. Werbewirtschaft			-				-		+				o	
46. Immobilien		o		+						o		+		
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>0</b>	<b>20</b>	<b>15</b>	<b>11</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>28</b>	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>29</b>	<b>11</b>

Abb. 8: Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage Einer Umfrage des IW zufolge erwarten mehr als drei Viertel der befragten Unternehmen, weder kurz- noch mittelfristig, negative Auswirkungen durch die Energiewende auf ihre Umsatz- und Beschäftigungssituation, Quelle: IW Köln

**FAZIT:**

Das IW arbeitet tendenziös, wählt Daten selektiv und teilweise sogar fehlerhaft. Der behauptete 40-prozentige Strompreisanstieg für die deutsche energieintensive Industrie innerhalb von 5 Jahren ist definitiv falsch! Legt man die Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums zugrunde, betrug der Preisanstieg lediglich 4 % - also ein Zehntel der IW-Behauptung.

Der Preisvergleich mit anderen großen Industrieländern in der EU ist sehr selektiv. Nationen wie Italien und Großbritannien, deren Strompreise deutlich stärker gestiegen sind oder sogar über den deutschen Industriestrompreisen liegen, bleiben bei der Betrachtung außen vor.

Die seit 2008 anhaltende Investitionszurückhaltung der deutschen Industrie versucht IW als Folge der Energiewende darzustellen, ohne dass hierfür Belege geliefert werden. Stattdes-

sen zeigen die IW-Umfragen unter Unternehmen, dass sie die Euro-Schuldenkrise beschäftigt und daher eine gewisse Zurückhaltung bei Investitionen herrscht.

**Kontakt:**

Jürgen Quentin, Projektleiter

Tel. 030 2400867-95, Mobil: 0151 14563676, E-Mail: [quentin@duh.de](mailto:quentin@duh.de)

Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter Politik & Presse

Tel.: 0302400867-0; Mobil: 0171 5660577; E-Mail: [rosenkranz@duh.de](mailto:rosenkranz@duh.de)